

Antrag

**der Abgeordneten Stephan Jersch, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Martin Dolzer, Dr. Carola Ensslen, Norbert Hackbusch, Cansu Özdemir,
Christiane Schneider, Heike Sudmann und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

Haushaltsplan-Entwurf 2019/2020

Einzelplan 3.2

Aufgabenbereich 246

Produktgruppe 246.05

Betr.: Tierversuche endlich verhindern, alternative Forschungsmethoden fördern

Im rot-grünen Koalitionsvertrag wurde zum den Themen Tierschutz und Tierversuche Folgendes festgehalten: „Wir treten für eine Verstärkung des Tierschutzes ein. Das zielt zum einen auf die Massentierhaltung und die Förderung artgerechter Tierhaltung in Deutschland ab, zum anderen auf die Verringerung der Zahl der Tierversuche durch die konsequente Anwendung von Alternativmethoden, wo dies möglich ist. Wir wollen die Forschung zu den alternativen Versuchsmethoden voranbringen, etwa durch Ausschreibung eines Förderpreises.“

Ergebnis der „konsequente Anwendung von Alternativmethoden“ besteht bisher lediglich durch die Auslobung eines Förderpreises durch den rot-grünen Senat von 20.000 Euro – für einen Zeitraum von zwei Jahren. Dem entgegen steht eine Investition von rund 32 Millionen Euro für die Forschungstierstation am UKE (Drs. 21/11141). Mit dieser Summe wird nicht nur sichergestellt, dass am UKE weiter mit Tierversuchen gearbeitet wird. Nach Vorstellungen des Senats sollen hier Impulse für die Wissenschaft ausgelöst werden, das heißt, am Standort UKE sollen Tierversuche sogar ausgeweitet werden.

Die Organisation „Ärzte gegen Tierversuche e.V.“ betont, dass Tierversuche nicht geeignet sind, um die Wirkung und Gefährlichkeit von Stoffen für den Menschen zu beurteilen. Außerdem schreitet die Entwicklung von Alternativmethoden inzwischen erfolgreich voran.

Vor dem Hintergrund der aktuellen kritischen Diskussion um Tierversuche wurden vom Senat mit der Investition an der Tierversuchsstation am UKE vollkommen falsche Signale ausgesendet. Vielmehr ist es notwendig, am UKE nun auch an alternativen Forschungsmethoden zu arbeiten und dafür entsprechende Mittel bereitzustellen.

Die Hamburger Bürgerschaft beschließt:

1. Zur Förderung der Entwicklung von Alternativmethoden zu Tierversuchen am UKE werden aus dem Aufgabenbereich 246 „Steuerung und Service“ 30 Millionen Euro bereitgestellt, verteilt über fünf Jahre, um der eigenen Aussage im Koalitionsvertrag gerecht zu werden und vor allem, um den Gedanken des Tierschutzes

nachzukommen. Für die Jahre 2019 und 2020 bedeutet das 6 Millionen Euro pro Jahr.

2. Mit diesen Mitteln sollen personelle und sachliche Kapazitäten, Ressourcen und Strukturen am UKE aufgebaut und gefördert werden, um Alternativmethoden zu Tierversuchen als Zukunftstechnologie wirksam zu entwickeln.